

IDEENBEITRAG ZUR GRÜNEN ZUKUNFT
--

1. EINLEITUNG

Das Bemühen um die Wiederauferstehung der Grünen auf Bundesebene, die durch die Besinnung auf das ursprüngliche Kernthema der Partei, die Ökologie, gelingen soll, muss mit dem Mut beginnen, den Ingeborg Bachmann in die denkwürdigen Worte gefasst hat: „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“. Und die ökologische Wahrheit ist, dass die Menschheit, dass insbesondere die Reichtumszonen des Globus, Österreich eingeschlossen, nicht so weitermachen dürfen, wie sie bisher gehandelt und gelebt haben nämlich in Saus und Braus zulasten anderer Weltgegenden sowie künftiger Generationen. Daraus ergeben sich sämtliche Forderungen, die die Grünen erheben sollten und zwar auch dann, wenn sie unbequem sind.

Denn Grün heißt den geraden, den wahrhaftigen Weg gehen, nicht den pragmatisch-taktischen. Populär ist das nicht und vermutlich sind damit auch Wahlen nur bedingt zu gewinnen. Das macht aber nichts. Denn Grün heißt auch, das Gewissen des Gemeinwesens zu sein, den Finger in die Wunde zu legen und damit die Gesellschaft insgesamt und die jeweils Regierenden nach und nach in die notwendige Richtung zu drängen. Auch und vor allem aus der Opposition heraus.

Die nun folgenden „radikal-visionären“ Vorschläge sind insofern realistisch, als der österreichischen Überflussgesellschaft Mäßigung durchaus abverlangt werden kann, ohne sie unzumutbaren Einschränkungen zu unterwerfen. Es ist allerdings zu betonen, dass dabei die Schwächsten der Gesellschaft nicht zurückgelassen werden dürfen. Es geht daher gleichzeitig um Maßnahmen zur gerechten Verteilung der Lasten, die die ökologische Neuorientierung der Gesellschaft verursacht. Grundprinzip dafür ist, dass die Einnahmen, die als Steuern oder Abgaben für umweltschädigendes Verhalten erzielt werden, vollständig zur Förderung für umweltgerechtes Verhalten der am wenigsten Wohlhabenden der Gesellschaft verwendet werden, damit es diesen leichter fällt, sich ebenfalls anzupassen.

2. VORSCHLÄGE

Der ökologische Frevel, den auch Österreich begeht, findet vor allem auf drei Feldern statt: Landwirtschaft, Verkehr, Bauen. Hier ist daher anzusetzen.

2.1. Landwirtschaft

Fleischerzeugung ist mehrfach umweltschädlich. Fleischkonsum muss daher teurer werden. Maßnahmen sind verschärfte Pflichten zu artgerechter Tierhaltung, Besteuerung importierter Futtermittel (z.B. Soja), Anhebung des MwSt.-Satzes auf Normalniveau, Förderung bäuerlicher kleinstrukturierter Mischwirtschaft durch die Bestimmung, dass der Züchter nur so viel Vieh halten darf, wie er von selbst bewirtschaftetem Grund füttern kann.

Pflanzliche Monokulturen schaden der Umwelt, weil sie schädlingsanfällig sind und deshalb Pestizide und Herbizide benötigen. Daher hohe Besteuerung solcher Chemikalien sowie Einführung von Bestimmungen zur verpflichtenden gemischten Landnutzung in Fruchtfolge. Da Monokulturen aber nicht nur hierzulande schaden, sind etwa Importe von Palmöl, Kaffee, Tee, Bananen oder Avocados etc. aus Monokulturen zu besteuern; jedenfalls soll auch hier kein ermäßigter MwSt.-Satz gelten. Mehreinnahmen dienen der Förderung regionaler kleinbäuerlicher Landwirtschaft hier wie dort. Verbot von (Beimischung) von so genannten Biotreibstoffen, weil es unerträglich ist, potentielle Nahrung in Fahrzeugen zu verbrennen.

2.2. Verkehr

Motorisierter Individualverkehr ist massiv schädlich. Auch er muss teurer werden. Daher radikale Anhebung der MöSt. für alle fossilen Treibstoffe, Erhöhung der Autobahnbenützungsg Gebühr („Vignette“ und LKW-Maut) und Änderung der Zweckbindung der Einnahmen daraus von Straßenbau und -erhaltung zur Förderung des Bahnfernverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs, Änderung der Pendlerpauschale so, dass höchstens verbrauchsarme Kleinwagen noch gefördert werden, verbrauchsstarke SUV etc. hingegen einen Pendleraufschlag verrechnet bekommen (Fernziel: Abschaffung der Pauschale, weil sie den Individualverkehr fördert, statt ihn einzudämmen). Da auch E-Mobilität starke, wenn auch andere Umweltschäden verursacht, soll sie nicht gefördert werden, es sei denn, als Zweirad.

Parken auf öffentlichem Grund soll teurer werden. Parkraum verringern durch Verbreiterung der Gehsteige und Schaffung bzw. Erweiterung von Radwegen. Einfahrten in die Städte sollen nicht mehr gratis sein. Automatisch gesteuerter Vorrang an allen ampelgeregelten Kreuzungen für ÖPNV.

Starke Bemautung des Fernbusverkehrs, weil dieser auf längere Sicht den umweltverträglicheren Bahnverkehr gefährdet.

Mindestens ebenso schädlich ist der Flugverkehr. Daher so hohe Besteuerung von Kerosin, dass Tickets spürbar teurer werden. Weiters keine Ausweitung, sondern Verringerung der Kapazitäten an den Flughäfen (Ausdehnung der Nachtflugverbote, Reduktion der Überflugrechte, keine Flächenerweiterungen der Airports, Einhebung höherer Gebühren für Leistungen von Behörden an Flughäfen). Einnahmen sind für fußgängerfreundliche Maßnahmen und den Ausbau des Radwegenetzes sowohl in Städten als auch auf dem Land zu verwenden.

2.3. Bauen / Raumordnung

Die Zersiedelung ist schädlich. Daher Beschränkung der Wohnbauförderung auf Einheiten in Gebäuden mit einer höheren Mindestanzahl von Einheiten (aufgeteilt in Mindestquadratmeter je Einheit), keine Ausweitung von Bauzonen, verpflichtende Dach- und/oder Vertikalbegrünung bei Neubauten, Verbot von Klimaanlage und von Heizungen mit fossilen Brennstoffen. Rascher und geförderter Austausch von solchen Altanlagen und Förderung von klimagerechtem Bauen sowie der Anpassung des Altbestandes oder, nötigenfalls, des Abrisses von zur Anpassung ungeeigneten Bauten der 60er und 70er Jahre und von klimatechnisch zeitgemäßen Neubauten an deren Stelle. Abschaffung oder Halbierung der Stellplatzverpflichtungen für PKW; stattdessen solche für Fahrräder. Und derart gewonnene Flächen, dürfen nicht bebaut, sondern müssen begrünt werden.

Zusammenführung von Wohn- und Gewerbezone, um kurze Wege zu gestatten. Keine Schaffung neuer Industriezonen, sondern Verpflichtung, bei Investitionen Bestandsobjekte zu übernehmen. Verbot und Rückbau von Shoppingcentern und Fachmarktzentren zur Rückverlagerung entsprechender Aktivitäten in die Innenbereiche der Gemeinden. Verpflichtung von größeren Gewerbe-, Handels- und Industrieunternehmen, mit Hilfe der öffentlichen Hand, die umweltverträgliche Arbeitsmobilität der eigenen MitarbeiterInnen zu fördern, jedoch nicht durch Geldzuwendung, sondern durch Nutzungsinitiativen.

3. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Natürlich können hier Einzelmaßnahmen nur skizziert bzw. beispielhaft angeführt werden. Und selbstverständlich gibt es viele weitere, die ebenfalls in die erwünschte Richtung der Mäßigung wirken würden und daher zu empfehlen wären. Deshalb soll am Schluss noch der Hinweis stehen, dass es insgesamt darum geht, die Gesellschaft von einer Externalisierungsgesellschaft (Stephan Lessenich in: „Neben uns die Sintflut“, Piper Verlag, 2018) in eine im ökologischen Sinn Internalisierungsgesellschaft zu wandeln. Das heißt eine Gesellschaft zu schaffen, die sich nicht selbst den aktuellen Nutzen zuteilt, während sie anderen Regionen oder künftigen Zeiten die Schäden ihres Verhaltens überlässt, sondern die die durch ihren Nutzen entstehenden Nachteile und letztlich Kosten selbst trägt.

Grün muss heißen, der Gesellschaft radikal ökologisches Verhalten zuzumuten und abzuverlangen. Zur sozialen Abfederung solcher Reorientierung sollen jene unterstützt werden, die sich diese nicht leisten können, etwa durch die Umgestaltung der Wohnbauförderung, durch massiven Ausbau, organisatorische Begünstigung (z.B. Vorbehalt bestehender Straßenzüge allein für den ÖPNV) und preisliche Vergünstigung des ÖPNV, durch die Förderung regionaler Netzwerke zur Lebensmittelversorgung mit lokalen bäuerlichen Produkten.

Dass Grün nebenbei für jegliche Form von Mäßigung eintreten muss (z.B. Müllvermeidung, generelle Konsumminderung etc.) versteht sich von selbst. Dabei bedeutet die Abkehr vom vermeintlichen Konsumzwang den Zugewinn an Freiheit. Das sollte doch zumindest einem kleinen Teil der Gesellschaft und Wählerschaft schmackhaft zu machen sein. Wenn nicht den älteren Semestern, dann doch wenigstens der Jugend. Einen Versuch wäre es wert.
